

EDITORIAL

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, liebe Kolleginnen und Kollegen, die neu zusammengesetzte Schriftleitung legt hiermit das zweite gemeinsam erarbeitete Heft, Ausgabe 2/2005 „Praxis der Rechtspsychologie“ vor. Es hat den Themenschwerpunkt „Stalking“. Wir danken Herrn Prof. Voß und Herrn Dr. Hoffmann von der Universität Darmstadt für die Anregung und gute Zusammenarbeit bei der Gestaltung des Themenschwerpunktes.

Das Thema „Stalking“ hat mittlerweile auch in Deutschland erheblich an Bedeutung gewonnen, nicht zuletzt durch die in breiter Fachöffentlichkeit diskutierte Forderung nach einer gesetzlichen Regelung und die Gesetzesinitiativen einzelner Bundesländer und der alten Bundesregierung. Nicht immer waren die Diskussionen sachlich und fachlich angemessen. Wir hoffen, dass mit den vorliegenden Beiträgen eine Sensibilisierung und eine Versachlichung der Debatte befördert werden.

Allen (nach wie vor unbezahlten) Autoren und Autorinnen des Themenschwerpunktes und selbstverständlich auch den Verfassern und Verfasserinnen der anderen Themen (Aufsätze in der Rubrik Forum, Rechtsrubrik oder die Zusammenstellung der Rechtsprechungsübersicht) sei für ihr Engagement hiermit nochmals herzlich gedankt.

Bei einem Autor, Herrn Dr. Josef A. Rohmann, müssen wir uns zugleich entschuldigen: Sein Beitrag „Entwicklung antisozialen Verhaltens: ein kritischer Überblick“ lag schon länger vor und war bereits für Heft 1/2005 vorgesehen. Bei der Erstellung dieses Heftes wurde dieser Beitrag leider vergessen. Der Abdruck wird hiermit nachgeholt.

Wir freuen uns, dass wir einen weiteren Aufsatz zum Themenschwerpunktheft des letzten Heftes „Posttraumatische Belastungsstörung“ nachreichen können, und zwar von Herrn Prof. Norbert F. Gurrus mit dem Titel „Psychotraumatische Belastungen im Kindes- und Jugendalter: Das Prokrustes-Bett des PTBS-Konstruktes bei komplexer Traumatisierung“.

In unserer neuen „Rechtsrubrik“, die von Zeit zu Zeit erst nach Eingang wichtiger juristischer Beiträge im jeweiligen Heft eingerichtet wird, wird diesmal von Frau Dr. Anika Hannemann mit dem Thema „Schulpflichtverletzung der Erziehungsberechtigten als Kindeswohlgefährdung und Interventionsmöglichkeiten des Staates“ ein Thema aus juristischer Sicht angesprochen, das gerade in den letzten drei Jahren in verschiedenen Disziplinen und hier vor allem im Rahmen der aktuellen Debatte zur Frage der Vernachlässigung von Kindern gemäß § 1666 BGB große Aufmerksamkeit erfahren hat.

Wir wünschen Ihnen bei der Lektüre des vorliegenden Heftes wiederum Nutzen und neue Erkenntnisse und einen erfolgreichen Start in das Jahr 2006.

Die Schriftleitung im Dezember 2005